

Hinschauen und Helfen im ehemaligen Ostblock

Jahrestagung des Instituts «Glaube in der Zweiten Welt»

Mit Publikationen und Vorträgen informiert das Institut «Glaube in der Zweiten Welt» über Situation und Rolle der Religionsgemeinschaften in Südost-, Mittel- und Osteuropa und über Fragen der Ökumene. Es unterstützt seelsorgerische und soziale Arbeit sowie die Menschenrechtspflege und ermöglicht den Druck theologischer Schriften. – Themen der Jahrestagung waren heuer der Islam in der Ex-Sowjetunion und der Stand der Russlandhilfe.

He. Dass die Publikationen des in Zollikon/Zürich domizilierten Instituts «Glaube in der Zweiten Welt» (G2W) mit hoher Kompetenz über den inneren Zustand der Länder und Regionen des früheren Ostblocks informieren, bestätigte unlängst auch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten. Die bereitgestellten Analysen der ethnischen und religiösen Strukturen im Kaukasus erlaube es, die Hintergründe der Konflikte in jener Region besser zu verstehen, hiess es in einem Schreiben des EDA, wie Institutsleiter Erich Bryner, Titularprofessor für osteuropäische Kirchengeschichte an der Universität Zürich, im Jahresbericht vermerkt.

Jihad am Südrand der Sowjetunion?

Die Entwicklung des Islams in der ehemaligen Sowjetunion beleuchtete *Uwe Halbach*; Slawist und Historiker am Institut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und häufiger Gastautor der Monatszeitschrift «G2W». Er ging aus von zwei lokalen Kriegen, die im Sommer 1999 die Weltöffentlichkeit hellhörig und ratlos machten: die Übergriffe auf Dagestan durch die tschetschenischen Rebellen Bassajews und die Invasion tadschikischer Freischärler in das im Grenzgebiet von Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien gelegene Fergana-Tal.

Das Stichwort Wahabismus – das bereits die Sowjetpresse benutzte, die jeden religiösen Widerstand gegen das System als vom Ausland gesteuertes Phänomen deutete – tauchte auf in russischen und zentralasiatischen Medien. Und auch westliche Journalisten vermuteten die Unterstützung islamistischer Bewegungen durch internationale Drahtzieher wie bin Ladin oder Erbakan, die aber nicht belegt werden konnten.

Tatsächlich waren und sind im Tschetschenienkrieg immer auch Kämpfer aus andern Ländern – etwa turkstämmige Uiguren aus China – beteiligt. Und nach dem ersten Tschetschenienkrieg gründeten Heimkehrer in Dagestan – das seit je weit aus «islamischer» ist als der übrige Nordkaukasus

– wahabitische Dorfgemeinden, die sich als unabhängig gebärden und den Volksislam des Staates als Heidentum geisseln. Auch stammen die meisten Mekkapilger aus Russland aus der Republik Dagestan, wo 35 Völker leben und ein Netzwerk von Sufi-Bruderschaften selbst die Sowjetzeit überlebt hat. Doch islamistisch sind höchstens 10 Prozent der Einwohner, die meisten gehören dem gemässigten Volksislam an. Freilich ist Dagestan laut einer Moskauer Analyse das drittärmste der 89 Subjekte der Russischen Föderation und weist eine Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 80 Prozent auf. Die islamistische Versuchung hat trotz der sträflichen Vernachlässigung der Sozialpolitik bisher bescheidene Ausmasse angenommen.

Die «Perle Mittelasiens» als Krisenherd

Im fruchtbaren Fergana-Tal, einem Drei-Länder-Gebilde zwischen Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan, lebt ein Viertel der Bevölkerung Zentralasiens. Die dichte Besiedlung und die ethnische Gemengelage machen das einst reiche Gebiet, wo heute das Drogengeschäft hauptsächliche Einnahmequelle ist, für radikale politische Bewegungen empfänglich. Weniger prekär ist die Situation in Städten wie Taschkent oder Samarkand.

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion in Astrachan gegründete Partei der islamischen Wiedergeburt, die auch in Usbekistan ihre Filiale hat, verfolgt zwei Ziele: die islamische Aufklärung und den Bau von Moscheen als Schulen und Gebetsräume. Allein im Fergana-Tal entstanden seit 1989 – mit Unterstützung Saudi Arabiens, Pakistans und Irans – 800 Moscheen, während die gesamte Sowjetunion noch deren 300 gezählt hatte. Der usbekische Präsident Karimov unterdrückt seit 1992 alle alternativen politischen Bewegungen und versucht sein Land als stabile Insel im unruhigen Mittelasien darzustellen, was längst nicht mehr der Realität entspricht. Die harte Zensur leitet jede Opposition auf die Moscheen. 1997 wurden im Fergana-Tal alle Männer unter 50 Jahren mit Bart unter Islamismus-Verdacht fest-

genommen, Hunderte sind noch in Haft. Obwohl es in Usbekistan keine starke Basis von extremen Muslimen gibt, wird jede Oppositionsäußerung als fundamentalistisch etikettiert, was auch Menschenrechtsorganisationen beanstanden.

Diakonie-Arbeit in und um Moskau

Die Leiterin der Russlandhilfe von G2W, Franziska Rich, stellte Erzpriester Sergei Kisseljow vor, der von seiner Arbeit in drei unter seiner Regie wieder aufgebauten und betreuten orthodoxen Gemeinden berichtete. Die Kirchengemeinde Zürich Altstetten, in deren Saal G2W tagte, ist dank ihrem russischstämmigen Pfarrer Albert Kuzarow diesen Projekten besonders zugetan. Die – ökumenisch ausgerichtete – Arbeit von G2W wird v. a. von kirchlichen Organisationen, von Spenden und von Abonnenten getragen.

In Sdechowo, einer Vorortsgemeinde Moskaus,

hat Kisseljow 1992 seine Gottesdienste noch vor dem Tor der arg heruntergekommenen, seit 1930 geschlossenen Kirche gehalten. Inzwischen ist das Gotteshaus wieder benutzbar. Zudem hat der Priester Land erworben und mit seinen Helfern einen Landwirtschaftsbetrieb aufgezogen. In vier bescheidenen Holzhäusern – weitere sind geplant – werden mittellose Betagte beherbergt und betreut. Sozialarbeit dürfen die Kirchen erst gemäss einem Gesetz von 1989 wieder leisten, dafür hat sich seither der Staat praktisch aus der Verantwortung geschlichen. In der Moskauer Stadtgemeinde Swiblowo setzt Kisseljow eine vor vier Jahren restituierte Kirche wieder instand. In diesem Stadtviertel mit seinen 40 000 Einwohnern ist G2W auch in der Gefangenenseelsorge engagiert mit seinem Projekt «Glaube, Hoffnung, Liebe».